

**Zeitschrift:** Schweizer Hotel-Revue = Revue suisse des hotels  
**Herausgeber:** Schweizer Hotelier-Verein  
**Band:** 15 (1906)  
**Heft:** 34

**Vereinsnachrichten:** Pro memoria

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 16.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

BASEL, den 25. August 1906.

BALE, le 25 Août 1906.

N° 34.

Abonnement

Für die Schweiz:  
1 Monat Fr. 1.25  
3 Monate „ 3.—  
6 Monate „ 5.—  
12 Monate „ 8.—

Für das Ausland:  
(inkl. Portozuschlag)  
1 Monat Fr. 1.50  
3 Monate „ 4.—  
6 Monate „ 7.—  
12 Monate „ 12.—  
Vereins-Mitglieder  
erhalten das Blatt  
gratis.

Inserate:

7 Cts. per 1spaltige  
Millimeterzeile oder  
deren Raum. — Bei  
Wiederholungen ent-  
sprechend Rabatt.  
Vereins-Mitglieder  
bezahlen 3/4 Cts.  
netto per Millimeter-  
zeile oder deren  
Raum.



N° 34.

Abonnements

Pour la Suisse:  
1 mois . Fr. 1.25  
3 mois . „ 3.—  
6 mois . „ 5.—  
12 mois . „ 8.—

Pour l'Etranger:  
(inclus frais de port)  
1 mois . Fr. 1.50  
3 mois . „ 4.—  
6 mois . „ 7.—  
12 mois . „ 12.—  
Les Sociétaires  
reçoivent l'organe  
gratuitement.

annonces:

7 Cts. par millimètre-  
ligne ou son espace.  
Rabais en cas de ré-  
pétition de la même  
annonce.  
Les Sociétaires  
payent 3/4 Cts. net  
p. millimètre-ligne  
ou son espace.

Organ und Eigentum des  
Schweizer Hotelier-Vereins.

15. Jahrgang 15me Année

Erscheint Samstags.  
Paraît le Samedi.

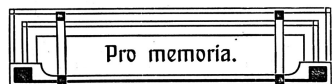
Organe et Propriété de la  
Société Suisse des Hoteliers.

Redaktion und Expedition: Sternengasse No. 21, Basel. \* TÉLÉPHONE 2406. \* Rédaction et Administration: Sternengasse No. 21, Bâle.

Inseraten-Aufnahme nur durch die Expedition dieses Blattes und die „Union-Reklame“ in Luzern. — Les annonces ne sont acceptées que par l'admin. de ce journal et l'„Union-Reclame“ à Lucerne

Verantwortlich für Redaktion und Herausgabe: Otto Amsler, Basel. — Redaktion: Otto Amsler [abw.]; K. Achermann. — Druck: Schweiz. Verlags-Druckerei G. Böhm, Basel.

## Siehe Warnungstafel!



Wir erlauben uns hiemit, die Herren Mit-  
glieder an die Mitte Juni an sie gesandten  
statistischen Fragebogen zu erinnern und er-  
suchen um baldmöglichste Rücksendung der-  
selben.  
**Das Zentralbureau.**

Nous nous permettons de rappeler à MM.  
les sociétaires, les questionnaires pour la sta-  
tistique qui leur ont été expédiés à mi-juin et  
nous les prions de bien vouloir les retourner  
le plus tôt possible. **Le Bureau central.**

## Das Pfandrecht am Hotelmobiliar.

(Fortsetzung.)

Eine ähnliche Verpfändungsmöglichkeit für  
Hotelmobiliar besteht im Kanton Tessin auf  
Grund des Gesetzes vom 9. Mai 1904. In Art.  
1 desselben wird nämlich bestimmt: „Gli oggetti  
mobili destinati ad un esercizio industriale, quali  
le macchine di un officio od il mobilio di un  
albergo, possono essere ipotecati come accessori  
dal proprietario dell'immobile in cui si  
trovano, ancorché non infissi al medesimo.“

Durch das hier aufgestellte Requisit, dass  
die Mobilien, welche als Zubehör verpfändet  
werden sollen, sich in der betreffenden Immo-  
bilie befinden müssen, ist die Verpfändungs-  
möglichkeit im Vergleich zu den beiden oben  
behandelten Rechten etwas eingeschränkt.  
Diese Restriktion kann auch für das Hotelmo-  
biliar relevant werden, so z. B. ist es nach  
dem Tessinischen Gesetze fraglich, ob der Ho-  
telomöbiliar, gleich den sich ständig in dem  
Hotelgebäude befindenden Gegenständen, hypo-  
thekarisch verpfändet werden könnte.

Unzweifelhaft ist, dass nach dem Inkraft-  
treten dieses Gesetzes eine ausdehnende Inter-  
pretation des tessinischen C. G. in der Weise,  
dass, wie im französischen Rechte, Hotelmo-  
biliar unter Umständen immobilisiert und dadurch  
hypothekarisch verpfändet werden könnte, aus-  
geschlossen erscheint; denn die neu erlassenen  
gesetzlichen Bestimmungen wollen die Frage  
hypothekarischer Verpfändung von gewerblichen  
Betriebsinventar, speziell von Hotelmobiliar, wie  
das oben zitierte bernerische Gesetz, ausschlies-  
slich ordnen.

Als sog. vertragliche Zubehör, bezw. ver-  
tragliches „immeuble par destination“, kann im  
Kanton Waadt Hotelmobiliar auf Grund der  
„Loi concernant l'hypothèque de biens meubles  
en tant qu'accessories d'un gage immobilier“  
vom 1. Dezember 1904, mit dem Hotelgebäude  
zusammen hypothekarisch verpfändet werden.

Eine Mitverpfändung von Hotelmobiliar mit  
dem Hotelgebäude ist auch im Kanton Schwyz  
gestattet. Die betreffenden Bestimmungen sind  
enthalten im Gesetz vom 3. August 1865, re-  
vidiert am 17. Oktober 1873 und neu geregelt  
in der Einführungsordnung zum schweiz. Ob-  
ligationsrecht vom 2. Dezember 1882. Die

speziell in Betracht kommenden Absätze dieses  
Gesetzes lauten in ihrer jüngsten Fassung:

„Die Mitverpfändung von Fahrhabe mit Lie-  
genschaften bezw. Gebäuden ist ausnahms-  
weise gestattet, muss aber spezifiziert ange-  
geben werden:  
bei Gasthöfen, Kurhäusern und Pensionen  
rückichtlich der Haus- und Badegerätschaften,  
sofern diese amtlich inventarisiert und ge-  
schützt werden und den Wert von 15,000 er-  
reichen.“

Es wird hier nicht ausdrücklich gesagt,  
dass Hotelmobiliar in der angegebenen Weise  
als Zubehör verpfändet werden könne —  
daher die Behandlung des schweizerischen Rech-  
tes an letzter Stelle; allein dies ist natürlich  
der Sinn der betreffenden Bestimmungen.

Was die Beschränkung der Verpfändungs-  
möglichkeit auf Hotelmobiliar im Werte von  
Fr. 15,000 und darüber anbelangt, so scheint  
es mir insofern von besonderem Interesse, als  
dadurch die Zulassung der hypothekarischen  
Verpfändung im allgemeinen sich auf alle Fälle  
erstreckt, wo objektiv betrachtet, ein wirklich  
dringendes Bedürfnis dafür besteht, ohne dass  
auf eine manchmal nicht leicht zu lösende  
questio facti abgestellt wird. Der Nachteil  
einer solchen Regelung liegt aber darin, dass  
in Ausnahmefällen, bei denen jenes Verpfän-  
dungsbedürfnis ebenso gross sein kann, das Ho-  
telmobiliar aber den Wert von Fr. 15,000 nicht  
erreicht, eine Härte entsteht.

\* \* \*

Sind wir dem Verfasser der Inaugural-Dis-  
sertation auf seinem Wege durch die verschie-  
denen Kantone gefolgt in Erörterung der bis-  
herigen kantonalen Praxis betr. Pfandrecht am  
Hotelmobiliar, so gehen wir konsequenterweise  
auch noch mit ihm zur Behandlung der Sache  
nach dem bundesrätlichen Entwurf zum künf-  
tigen schweizerischen Zivilgesetzbuch. Dieser  
Abschnitt der Arbeit scheint uns für die interes-  
sierten Kreise wichtiger zu sein, als die vorhin  
besprochenen. Denn der Entwurf, der gegen-  
wärtig noch der Beratung der Bundesversamm-  
lung unterliegt und dabei sehr wenige Ände-  
rungen erfährt, enthält die für eine lange Zu-  
kunft geltende Rechtsnorm. Es kann daher  
nur von Nutzen sein, in vorwärtiger Frage  
eine Erörterung von juristischer Seite zu ver-  
nehmen.

Im bundesrätlichen Entwurf vom 28. Mai  
1904 kommt die Frage der hypothekarischen  
Verpfändung von Hotelmobiliar einerseits auf  
Grund seiner Pertinenzqualität und andererseits  
in der Form der Fahrnisverschreibung in Be-  
tracht. Die erstere Frage soll hier zunächst  
gelöst werden.

Ist Hotelmobiliar nach dem Entwurfe Per-  
tinenz des Hotelgebäudes? bezw. in welchem  
Umfange?

Der Entwurf umschreibt die Zugehör in Art.  
638 positiv folgendermassen: „Zugehör sind die  
beweglichen Sachen, die nach üblicher Auf-  
fassung oder nach dem klaren Willen des Ei-  
gentümers der Hauptsache dauernd für deren  
Bewirtschaftung, Benutzung oder Verwahrung  
bestimmt und durch Verbindung, Anpassung  
oder auf andere Weise in die Beziehung zur  
Hauptsache gebracht sind, in der sie ihr zu  
dienen haben.“ und in Art. 639 negativ: „Zu-  
gehör sind niemals solche bewegliche Sachen,  
die dem Besitzer der Hauptsache nur zum vor-  
übergehenden Gebrauch oder Verbrauche dienen,  
oder die zu der Eigenart der Hauptsache in  
keiner Beziehung stehen, sowie solche, die nur  
zur Aufbewahrung oder zum Verkauf oder zur  
Vermietung mit der Hauptsache in Verbindung

gebracht sind.“ Gestützt auf die Fassung von  
Art. 638, lassen sich zwei Zugehörklassen  
unterscheiden. Die eine wird gebildet von den  
beweglichen Sachen, die nach üblicher Auf-  
fassung dauernd für die Bewirtschaftung, Benut-  
zung oder Verwahrung der Hauptsache bestimmt  
und durch Verbindung, Anpassung oder auf  
andere Weise in die Beziehung der Hauptsache  
gebracht sind, in der sie ihr zu dienen haben.  
Wenn eine Sache dauernd für die Bewirtschaftung  
etc. einer anderen, der Hauptsache, zu  
dienen bestimmt sei, wird im Gesetz nicht  
näher ausgeführt. Es ist aber davon auszu-  
gehen, dass einerseits eine Sache vorliegen  
müsse, die wirtschaftlich in erster Linie als  
einer bestimmten Bewirtschaftung, Benutzung  
oder Verwahrung fähig erscheint, und dass an-  
dererseits bestimmte bewegliche Sachen vor-  
handen sind, die wirtschaftlich angesehen,  
deutlich in erster Linie als für deren Bewirt-  
schaftung, Benutzung oder Verwahrung dienend  
in Betracht kommen. Denn nur dann werden  
nach dem gewöhnlichen Laufe der Dinge die  
betreffenden Mobilien dauernd für die Bewirt-  
schaftung etc. einer bestimmten anderen Sache  
verwendet werden, und nur, was eben tatsäch-  
lich so verwendet wird, erscheint der üblichen  
Auffassung dauernd für die Bewirtschaftung,  
Benutzung oder Verwahrung bestimmt.

Bei Hotelbetrieben nun kann diese doppelte  
wirtschaftliche Qualifikation des Hotelgebäudes  
auf der einen Seite, und des betreffenden Mo-  
biliars auf der andern vielfach vorliegen. Es  
wird sogar in der Mehrzahl der Fälle zutreffen,  
und daher wird Hotelmobiliar als nach üblicher  
Auffassung dauernd für die Bewirtschaftung,  
benutzung des Hotelgebäudes bestimmt,  
meist Zugehör des letzteren sein; vorausgesetzt  
natürlich, dass das Mobilier in die entspre-  
chende Beziehung, gemäss Art. 638, gebracht sei.

Es sind aber Fälle denkbar, wo die ange-  
führte doppelte Qualifikation zweifelhaft oder  
gar nicht vorhanden ist. Alsdann kann das  
Hotelmobiliar nicht unter diese Zugehörklasse  
fallen. Hier greift die Bedeutung der zweiten  
Zugehörklasse Platz; denn m. E. kann solches  
Mobilier wenigstens in manchen Fällen zu  
dieser Gruppe von Zugehör gerechnet werden.  
Diese zweite Zugehörklasse wird nämlich ge-  
bildet aus den beweglichen Sachen, die nach  
dem klaren Willen des Eigentümers der Haupt-  
sache dauernd für deren Bewirtschaftung, Be-  
nutzung oder Verwahrung bestimmt und durch  
Verbindung, Anpassung oder auf andere Weise  
in die Beziehung der Hauptsache gebracht sind,  
in der sie ihr zu dienen haben. Nach dieser  
Fassung des Gesetzes könnte man versucht  
sein, anzunehmen, dass der Eigentümer der  
Hauptsache in ständiger Weise, nach seinem sub-  
jektiven Ermessen beweglichen Sachen Pertinenz-  
qualität beizulegen. Er brauchte nur z. B.  
durch Worte und Schrift deutlich zu erklären,  
den klaren Willen zu manifestieren, dass die  
betreffenden Sachen für die dauernde Bewirt-  
schaftung etc. bestimmt seien, und es müsste  
durch Verbindung eine entsprechende Beziehung  
zur Hauptsache hergestellt sein. Entsprechend  
dieser Auffassung müsste die Erklärung einer  
beweglichen Sache im Grundbuch als Zugehör  
durch den Eigentümer der Hauptsache, ver-  
bunden mit der Herstellung einer entsprechen-  
den Beziehung zur Hauptsache definitiv Zuge-  
höreigenschaft erzeugen.

Es würde dieses Resultat aber im Wider-  
spruch stehen mit Art. 794, welcher bestimmt,  
dass, was im Grundbuch bei der Verpfändung  
namentlich angezogen ist, wie Maschinen oder  
Hotelmobiliar, als Zugehör vermutet wird, denn  
m. E. kann diese Bestimmung nur so ver-  
standen werden, dass die Präsümption sich

nicht oder wenigstens nicht nur auf die zweite  
Voraussetzung der Zugehörqualität, das Vor-  
handensein einer entsprechenden Beziehung zur  
Hauptsache bezieht, sondern nur, oder wenig-  
stens auch auf die erste, das Vorliegen des  
klaren Willens des Eigentümers der Haupt-  
sache. Wird aber vermutet, dass der klare  
Willen des Eigentümers der Hauptsache, ge-  
richtet auf die dauernde Bestimmung beweg-  
licher Sachen für die Bewirtschaftung usw.  
der Hauptsache vorliege, so ist damit ausge-  
sprochen, dass dieser klare Wille des Eigen-  
tümers noch nicht definitiv vorhanden sei. Aus  
Art. 793 ergibt sich demnach, dass der Eintrag  
einer Sache im Grundbuch als Zugehör nicht  
als „klarer Wille des Eigentümers“ aufzufassen  
ist, sondern für letzteren nur eine Präsümption  
begründet. Noch weit weniger könnte natür-  
lich ein Wille, der rein innerlich bestehend, gar  
nicht für die Aussenwelt erkennbar ist, als  
klarer Wille im Sinne des Gesetzes aufgefasst  
werden.

Die einzig richtige Auslegung des klaren  
Willens des Eigentümers der Hauptsache  
scheint mir darin zu liegen, dass darunter ver-  
standen wird ein auch dem Verkehr, den Drit-  
ten klarer Wille des Eigentümers. Für das  
Vorliegen eines solchen Willens genügt näm-  
lich ein blosser entsprechender Eintrag im  
Grundbuch, der ja leicht widerprüflich ist, nicht,  
sondern es müssen gewisse Tatsachen hinzu-  
treten, welche nach allgemeiner Auffassung da-  
rauf schliessen lassen, dass die betreffenden  
Sachen dauernd für die Bewirtschaftung usw.  
bestimmt sein können. Solche sind namentlich  
in einer der Zugehör nach üblicher Auffassung  
ähnlichen wirtschaftlichen Beziehung zur Haupt-  
sache zu erblicken. So innig, wie bei dieser,  
braucht, praktisch genommen, hier letztere all-  
erdings nicht zu sein, und zwar deshalb, weil  
die in Art. 794 aufgestellte Präsümption eine  
Umkehrung der Beweislast herbeiführt, so dass  
derjenige, der die Zugehörqualität der ange-  
zogenen Sachen bestreitet, ihre Nichtzugehör-  
qualität zu beweisen hat.

Dem Eintrag im Grundbuch muss als Prä-  
sümptionscharakter beizulegen, so dass der Ein-  
trag ein materiell-rechtliches Moment bilden  
würde zur Herstellung des „klaren Willens des  
Eigentümers der Hauptsache“, wird sich nicht  
erheben; denn damit wären im Prinzipie  
sogen. vertragliche Zubehör geschaffen, weil  
der im Grundbuche erklärte nackte Wille (im-  
merhin unter gewissen objektiven Voraussetz-  
ungen) Zugehörqualität erzeugen würde; und  
gerade das will der Entwurf vermeiden.

Nur Mobilien, die nach dem in der oben  
angegebenen Weise verstandenen klaren Wil-  
len des Eigentümers der Hauptsache dauernd  
für die Bewirtschaftung, Benutzung oder Ver-  
wahrung der Hauptsache bestimmt sind, werden  
zu dieser zweiten Zugehörklasse zu rechnen  
sein.

Wenn die im Texte vertretene Auffassung des  
„klaren Willens“ richtig ist, so erscheint die  
Fassung des Entwurfes allerdings nicht ohne  
Bedenken, weil aus ihr nicht direkt ersicht-  
lich ist, dass der Entwurf die an sich mehr-  
deutige Wendung „klarer Wille“ im ange-  
gebenen Sinne gebraucht.

(Schluss folgt.)

## Bekämpfung der Staubplage.

Der bekannte Promotor der Staubplage-Be-  
kämpfung, der aus dem Wallis gebürtige Herr  
Dr. Guglielminetti in Monte Carlo und Paris,  
macht dem „Bund“ über die bisherigen Erfolge

\* Aus der Inauguraldissertation zur Erlangung  
der juristischen Doktorwürde, der rechtswissenschaft-  
lichen Fakultät der Universität Zürich vorgelegt von  
Herrn Ernst Pfister, Winterthur. 1906.